

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD hat noch mal der Abgeordnete Stinka um das Wort gebeten. Bitte schön.

André Stinka (SPD): Herr Minister, so können wir das nicht stehen lassen. Ich habe in meiner Rede vorhin deutlich gemacht, dass der Automobil- und der Gebäudesektor außerhalb des ETS mit Effort Sharing behandelt werden sollten.

Sie sagen, dass dort die Ziele nicht erreicht werden. Aber dann müssen wir von anderen Ländern auf der EU-Ebene am Ende des Jahres Zertifikate kaufen, Effort Sharing genannt. Das haben wir ausgeführt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Sie sagen auf der einen Seite, dass etwas nicht funktioniert, halten aber auf der anderen Seite daran fest, bis wir vor die Wand fahren. Das entspricht nicht der sozialdemokratischen Politik.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Zuhören, was Herr Hübner gesagt hat!)

Für den Gebäudebereich haben wir deutlich gemacht, dass die Einnahmen aus der CO₂-Steuer für die Sanierung der Wohnungen der Mieterinnen und Mieter eingesetzt werden müssen. Hören Sie den Rednern zu und kommen Sie mir nicht damit, die Verantwortung immer global bis Usbekistan abzuschieben.

(Markus Herbert Weske [SPD]: Bravo!)

Wir tragen Verantwortung, und wir müssen daran arbeiten. Wir sind ein starker Industriestandort, und Sie sollten dafür eintreten, dass das auch so bleibt.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Daher schließe ich die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung, erstens über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/5724**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Europa und Internationales** federführend, an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Verkehrsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wenn Sie dem folgen wollen, bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? –

Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/6263. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Pretzell und Neppe. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/6263 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

5 Der Landtag muss jetzt entschlossen handeln! Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zum Behörden-skandal im Zusammenhang mit dem publik gewordenen langjährigen und vielfachen Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde darf sich nicht weiter verzögern! („PUA Lügde“)

Antrag
der Abgeordneten
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6270

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der AfD Herrn Abgeordneten Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Es beginnt damit, dass ein kleines Mädchen – sie war gerade sechs Jahre alt – von staatlicher Seite dem in einer Baracke in Lügde lebenden und einschlägig belasteten Andreas V. übergeben wird.

Wer sich die Verhältnisse vor Ort einmal angesehen hat, fragt sich schon da: Ticken die noch ganz richtig? – Wer – wie ich – weiß, was es heißt, ein Kind zu adoptieren, wer weiß, mit welchen Auflagen und Anforderungen an die potenziellen Eltern das verbunden ist, der fragt sich das erst recht.

Das kleine Mädchen, frei Haus geliefert, war für den mutmaßlichen Kinderschänder die ideale Möglichkeit, an weitere Kinder, nämlich an ihren Freundeskreis, heranzukommen, und er nutzte das perfide aus. 41 Kinder sind in Lügde zu Opfern schweren sexuellen Missbrauchs geworden. Ihnen gelten unser Mitgefühl, unsere Anteilnahme und unsere Sorge.

Für mich ist es neben dem Gerichtsprozess, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss und den nachfolgenden Strukturreformen die wichtigste

menschliche Aufgabe, alles dafür zu tun, dass die Kinder so gut es geht aufgefangen werden und ein erfülltes Leben können,

(Beifall von der AfD)

so gut es geht frei von Traumatisierungen, so gut es geht offen für selbstbewusste und gesunde Beziehungen. Die Täter dürfen nicht auch noch über das weitere Leben der Kinder bestimmen.

(Beifall von der AfD)

Ganz besonders ist es unsere Aufgabe sowie Aufgabe der Landesregierung, dafür Sorge zu tragen.

Gegen die drei Hauptbeschuldigten ist nun Anklage erhoben worden. Sie werden für ihre individuelle, konkrete Schuld in Kürze ein Urteil erfahren, welches das Leid der Kinder zwar niemals wird aufwiegen können, ihnen aber, so hoffe ich, gerecht wird.

Aber was heißt schon „gerecht werden“, wenn man die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Detmold liest, die „DER SPIEGEL“ zitiert? Darin werden dem Hauptbeschuldigten Andreas V. in 293 Fällen insbesondere sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen, schwerer sexueller Missbrauch von Kindern und der Besitz von Kinderpornographie vorgeworfen.

22 minderjährige Opfer listet die Staatsanwaltschaft auf. Manche von ihnen waren erst zwischen vier und acht Jahre alt. Meist soll V. sie in einem Campingwagen, wo viele der Kinder übernachteten, missbraucht haben – meist Freundinnen seiner Pflögetochter.

Dabei soll er laut Anklage mitunter mit enormer Rücksichtslosigkeit vorgegangen sein. Der arbeitslose Dauercamper, der von Grundsicherung lebte, soll es ignoriert haben, wenn die Kinder weinten oder sagten, er solle aufhören. Er soll auch körperliche Gewalt angewandt und ein Mädchen festgehalten haben, um ihren Widerstand zu brechen.

V. soll sich über Schmerzen der Kinder sowie über Verletzungen, die er durch den Missbrauch verursacht haben soll, hinweggesetzt haben.

Die Anklage wirft ihm zudem vor, Kinder dazu gezwungen zu haben, sich mit ihm gemeinsam Kinderpornos anzusehen.

So weit „DER SPIEGEL“.

Meine Damen und Herren, es geht aber in diesem bestialischen Fall nicht nur um die individuelle Schuld der mutmaßlichen Täter, sondern – das stellte sich jedenfalls für die AfD-Fraktion ziemlich schnell heraus – auch um strukturelle Defizite bei Polizei und Jugendamt. Es geht schlicht um staatliches Versagen.

Versagt wurde bei der Unterbringung des kleinen Mädchens, bei der Bearbeitung oder, besser gesagt, Nicht-Bearbeitung von Anzeigen und Hinweisen wegen sexuellen Missbrauchs.

Akten wurden gefälscht und geschönt, Beweismittel mehrfach nicht gesichert, Asservate sind bis heute verschwunden und nicht auffindbar – all das begünstigt durch ein Chaos an Zuständigkeiten.

Nirgendwo gab es eine richtige Aufsicht, Kontrolle und Sanktionen – nicht durch den Landrat, nicht durch die übergeordneten Behörden, nicht durch die Minister. Im Dickicht unzureichender Strukturen konnte all das ohne deren Wissen gedeihen.

Der ganze Fall ist ohne das Versagen staatlicher Stellen nicht denkbar. Das gibt dem Fall eine andere Dimension als etwa eine normale Straftat und bedeutet für uns hier im Landtag eine klare Handlungsaufforderung.

Natürlich muss der Tatkomplex respektive der Anteil staatlicher Defizite daran ermittelt, analysiert und – daraus folgend – abgestellt werden. Wir benötigen also einen PUA, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Obwohl das klar ist, stehe ich hier am Rednerpult und muss einen solchen Untersuchungsausschuss für die AfD-Fraktion bereits zum zweiten Mal – in aktualisierter Form – beantragen.

Beim letzten Mal im April-Plenum hieß es, dass die Ermittlungen abgewartet werden sollen. Nun sind die Ermittlungen gegen die Haupttäter abgeschlossen.

(Monika Düker [GRÜNE] und Verena Schäffer [GRÜNE]: Nein!)

Aber wo ist Ihr Antrag, liebe Kollegen von Rot und Grün? Der SPD war es wichtiger, nur wenige Tage nach der Ablehnung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses den Rücktritt des Innenministers zu fordern.

Heute hü, morgen hott – seit gestern heißt es, Sie seien auch für einen PUA. Was denn nun? Ihr parteitaktisches Hin und Her ist vollkommen unangemessen – gegenüber den Opfern, gegenüber weiteren potenziell möglichen Fällen solcher Art sowie für eine Fraktion, die eigentlich den Anspruch erheben möchte, regierungstauglich zu sein.

(Beifall von der AfD)

Ihnen ist kein Argument zu peinlich. Sie wollen angeblich deswegen nicht über die Jugendämter sprechen, weil Sie keine Kinder als Zeugen wollen. Als ob das irgendjemand wollte – kein Mensch will das!

Es ist unmoralisch, ein solches Argument vorzutäuschen, wo es Ihnen doch nur um den Schutz Ihrer roten Landräte geht.

(Beifall von der AfD)

Es ist außerdem kurzfristig und armselig, einen Untersuchungsausschuss so anlegen zu wollen, dass es zuvorderst gegen den Innenminister geht. Nein,

liebe SPD, es geht darum, wie wir solche Fälle in Zukunft verhindern können, und eben nicht um Parteipolitik.

Frau Schäffer, Sie haben für die Grünen doch einen Untersuchungsausschuss gefordert; ihn sogar für ganz besonders dringlich erklärt. Da stimme ich Ihnen zu. Aber auch von Ihnen heute – nichts. Fehlanzeige!

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Hä?)

Nun haben Sie ja uns als Service-Opposition. Was Sie noch nicht auf die Reihe bekommen haben, liefern wir Ihnen gerne. Ich würde mich freuen – nicht unseretwegen, sondern der Sache wegen –, wenn Sie heute unter Beweis stellten, dass es Ihnen nicht um voreingenommenes Minister-Bashing geht, sondern um die Sachaufklärung.

Tausendfacher sexueller Missbrauch und Parteitaktik sollten sich ausschließen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Ein kleiner Tipp an die Kollegen von CDU und FDP: Der PUA wird kommen – so oder so. Sie können heute unserem Antrag, der sich sachlich, strukturell und vollumfänglich mit der Thematik beschäftigt, zustimmen, oder Sie bekommen nächstes Mal den parteitaktisch gefärbten Antrag der SPD.

Vertrödeln wir keine Zeit, setzen wir endlich den Untersuchungsausschuss ein! Lassen Sie uns das Dickicht aufklären und Nordrhein-Westfalen besser machen.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Sieveke das Wort.

Daniel Sieveke (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute ein wirklich wichtiges Thema, und ich muss sagen, dass die Anzahl der anwesenden Kolleginnen und Kollegen der SPD dabei beschämend ist. Beschämend ist das!

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Gucken Sie mal in Ihre eigene Fraktion!)

Zählen Sie Ihre Reihen durch. Der direkte Wahlkreisvertreter – nicht vorhanden bei diesem wichtigen Thema.

(Gregor Golland [CDU]: Peinlich!)

Ich sage das deswegen, weil es kaum erträglich war, wie Sie sich in den letzten Wochen zu diesem Thema geäußert haben. Dazu komme ich gleich.

(Beifall von der CDU und Marc Lürbke [FDP] – Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die AfD-Fraktion hat heute erneut den vorliegenden Antrag gestellt – Sie haben es erwähnt – und den Antragstext im Vergleich zum letzten Antrag letztendlich ein wenig modifiziert.

Sie haben einiges dazu gesagt und den Themenkomplex umrissen, und zwar in meinen Augen genauer umrissen als SPD und Grüne in den letzten Wochen – obwohl, das stimmt nicht so ganz, bei den Grünen mit Abstrichen; bei der SPD auf jeden Fall. Die SPD verweigert sich bei diesem Thema der Aufnahme bestimmter Tatsachen komplett.

Aber noch mal: Sie haben den Antrag vor wenigen Wochen gestellt, einige neue Formatierungen vorgenommen, letztendlich bleibt es aber bei dem, was ich beim letzten Mal schon gesagt habe.

Was uns alle einen sollte – und ich hoffe, da sind wir noch einer Meinung; ich bin mir da manchmal nicht mehr ganz sicher –, ist, dass es uns allen erst mal um die Opfer geht und darum, dass diese Taten aufgeklärt werden. Das muss unser Ziel in diesem Fall bleiben. Zumindest steht das für die CDU-Fraktion und meine Person absolut im Vordergrund.

Ich bin aber froh und dankbar, dass inzwischen Anklage gegen zwei Hauptverdächtige erhoben wurde. Es ist nun auch an der Zeit, der Polizei, den Ermittlern der Ermittlungskommission und der Justiz für ihre umfangreiche Arbeit zu danken.

(Beifall von der CDU und Marc Lürbke [FDP])

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen Lob und Anerkennung für ihr Tun. Es ist eben nicht selbstverständlich, dass bei einem Fall in dieser Dimension so schnell Anklage erhoben werden kann.

Ich hatte es eben bereits erwähnt: Sie haben im Vergleich zum letzten Antrag den Fragenkatalog zwar etwas erweitert, doch bei der Namensgebung, den inhaltlichen Antragsbegründungen und dem konkreten Untersuchungsauftrag beschränken Sie sich noch immer auf Lüge, den Tatort, die zugehörigen Fälle im Kreis Lippe sowie die betroffenen Behörden.

Noch immer stelle ich infrage, dass der Landtag den Untersuchungsauftrag später jederzeit ausdehnen kann, so wie Sie es unverändert in Abschnitt B Ihres Antrags schreiben. Das Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen bindet einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Ich stelle in Abrede, dass man das mal eben so erweitern kann.

Und – das betone ich für die CDU – wir vertrauen dieser Landesregierung, vor allem unserem Innenminister Herbert Reul aufgrund seiner transparenten Informationspolitik.

(Beifall von der CDU, Marc Lürbke [FDP] und Moritz Körner [FDP])

In meinen Augen hat es der Innenminister in der letzten Innenausschusssitzung ganz klar ausgedrückt. Wir wollen den eingeschlagenen Weg mit den angekündigten und schon beschlossenen Maßnahmen gemeinsam fortsetzen. Wir wollen ihn gehen, und zwar schnell.

Ich möchte exemplarisch einige Maßnahmen nennen:

Erstens. Einrichtung einer Stabsstelle „Kindesmissbrauch“ im Innenministerium: dieser wichtigen Aufgabe eine neue Wertigkeit und eine neue Wahrnehmung verschaffen; Aufarbeitung der strukturellen Defizite im Bereich der kriminalpolizeilichen Bearbeitung von sexuellem Missbrauch an Kindern.

Zweitens. Ankündigung eines Investitionsprogramms „Kampf gegen Kindesmissbrauch“ im Haushaltsjahr 2020: Investitionen in Personal und Technik.

Drittens. Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Kinderschutz im Gesundheitswesen: Beratung und Unterstützung der Akteure im Gesundheitswesen bei Verdachtsfällen von Kindesmisshandlung und bei der Sicherung von Befunden sowie Handlungs- und Rechtssicherheit.

Viertens. Novelle des SGB VIII: Im Rahmen der angekündigten Reform wird sich Nordrhein-Westfalen für die Festsetzung von Fallobergrenzen und überdies für eine Prüfung der bestehenden Zuständigkeitsregelungen der Jugendämter einsetzen.

Fünftens. Datenschutz und Datenweitergabe: Das Land wird mit Blick auf den Kinderschutz auf eine Überprüfung des Bereichs des Datenschutzes und hier besonders der Regelung zur Datenweitergabe hinwirken.

Wie Sie sehen, tun die Landesregierung und wir als Politik eine Menge, damit sich ein solcher Fall nicht wiederholen kann. Ich möchte nochmals betonen: Die Arbeit im Innenausschuss habe ich – gerade auch in dieser Angelegenheit – wirklich lange Zeit als vorbildlich angesehen.

Allerdings muss ich feststellen, dass sich der Ton verändert, und zwar nicht bei denjenigen, die man im Parlament schnell als „die Extremen“ bezeichnet. Ich kann mich noch an die letzte Plenardebatte erinnern – es wurde eben schon mal erwähnt –: Die SPD-Fraktion hatte sich zu Wort gemeldet, allen voran Herr Wolf und Herr Ganzke. Drei Tage später – es gab keinen neuen Sachverhalt – forderte man den Rücktritt des Innenministers.

(Sven Wolf [SPD]: Das mit dem Abrissunternehmen haben Sie vergessen! – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Der gleiche Kollege – Herr Ganzke, der heute nicht dabei sein kann – hat in der Plenardebatte zum AfD-Antrag wortwörtlich gesagt hat – ich zitiere –:

„Der Minister hat dies zu seinem Projekt gemacht. Das ist im Innenausschuss immer klar gewesen. Herr Reul, wir nehmen Ihnen ab, dass Sie das zu Ihrem Projekt gemacht haben. Wir sehen wohl alle im Innenausschuss, wie Sie sich bemühen und versuchen, dieses Projekt der Öffentlichkeit zu erklären bzw. uns mitzuteilen, dass Sie gewillt sind, die Aufklärung zu leisten.“

Ein Projekt endet immer mit einem Abschluss. Diesen Projektabschluss muss man unter die Lupe nehmen und in der Politik dann sehen: Ist der vorgelegte Abschluss für uns und die Öffentlichkeit ausreichend, damit die Öffentlichkeit nachvollziehen kann, was bei der Aufklärung versucht worden ist?

Diesen Projektabschluss, den Sie, Herr Minister, uns vorzulegen haben, werden wir bewerten.“

– Da fragt man sich dann: Kam drei Tage später ein Anruf aus dem Off oder von oben, und Herr Ganzke muss einen Rücktritt fordern? Die Frage, warum diese Rücktrittsforderung gestellt wurde, darf man sehr wohl stellen. Eine mögliche Erklärung für mich ist, dass die SPD ihren Landrat in Lippe, Dr. Axel Lehmann, schützen möchte.

Ich zitiere aus dem heutigen Kommentar von Christian Althoff im „Westfalen-Blatt“:

„Es ist so weit: Die SPD-Landtagsfraktion will die Polizeipannen im Missbrauchsfall Lügde mit einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufarbeiten. Wohlgermerkt: nur die Polizeipannen. Das mögliche Versagen des Jugendamts Lippe soll nicht Thema im U-Ausschuss werden – schließlich steht die Kreisverwaltung Lippe unter Leitung des SPD-Landrats Dr. Axel Lehmann. Und den möchte man wohl nicht in Erklärungsnot bringen.“

– Zitatende.

Meine Damen und Herren, das ist ein billiges und durchschaubares Manöver, um von der Verantwortung von Ihrem SPD-Landrat in Lippe abzulenken.

(Beifall von der CDU – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist unfassbar!)

Das war auch Thema im Innenausschuss. Wir haben wiederholt und oft darüber diskutiert. Ich darf es Ihnen noch mal erklären, liebe Kollegen der Sozialdemokratie: Die Leitung der Kreispolizeibehörde gehört zu einer der Kernaufgaben eines Landrats.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Zumindest darf man feststellen – das ist kein Geheimnis, aber einige gehören ja nicht dem Innenausschuss an –, dass die ersten vier Durchsuchungen,

die der Kollege Wagner eben auch angeführt hat, federführend durch die Kreispolizeibehörde Lippe durchgeführt worden sind.

Ich zitiere noch mal aus dem heutigen Kommentar von Christian Althoff im „Westfalen-Blatt“:

„Aber das interessiert die SPD nicht. Sie hat sich vorgenommen, Innenminister Herbert Reul (CDU) über den Fall Lügde stolpern zu lassen. Die Aussichten, dass das klappen wird, sind allerdings schlecht. Von allen Vorwürfen, die die Sozialdemokraten in den vergangenen Monaten zusammengekratzt haben, ist einer übrig geblieben: Reul habe den Fall zwei, drei Wochen zu spät von der Polizei Lippe an die größere Polizeibehörde Bielefeld übergeben, meint die SPD.“

Und weiter:

„Aber was hätte eine schnellere Übernahme durch Bielefeld gebracht? 155 CDs und DVDs waren bereits verschwunden, ..., die Akten schlecht geführt ... Zumal der Polizeichef der Behörde Lippe damals selbstbewusst erklärt hatte, man könne in dem Fall alleine ermitteln und brauche keine Hilfe.“

– Zitatende.

Die Gewerkschaft der Polizei – keine Zweigstelle der CDU – positioniert sich hier ganz eindeutig und stärkt dem Innenminister den Rücken. Ich darf den Vorsitzenden der GdP Nordrhein-Westfalen zitieren: „Wir stehen hinter unserem Minister.“ Gerade in schwierigen Zeiten braucht man „eine Konstante in der Führung.“

In der „NRZ“ heißt es weiter:

„Michael Mertens ist überzeugt: „Minister Reul genießt nicht nur bei den Polizeibeamten hohes Ansehen, sondern – so wie ich das wahrnehme – auch bei den Bürgern.“

Diese Ansicht teile ich übrigens ausnahmslos.

Mertens wird weiter zitiert:

„Minister Reul jedoch habe in seiner kurzen Amtszeit so viel bewegt wie manche Vorgänger in deren ganzer Periode nicht.“

Auch diese Aussage unterschreibe ich sofort. Ihr SPD-Innenminister hat in den sieben Jahren seiner Amtszeit weniger bewegt als Herbert Reul in den letzten zwei Jahren.

(Beifall von der CDU)

Warum ich das erwähne? – Nach jeder Innenausschusssitzung

(Sven Wolf [SPD]: Nicht immer so übertreiben!)

gehen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, an die Presse und erklären – trotz aller

Transparenz und trotz allem, was der Innenminister liefert; bzw. Sie machen das wider besseres Wissen –: Es sind mehr Fragen aufgeworfen worden, als Antworten gegeben wurden.

Und, Frau Schäffer, Sie haben dem in der letzten Woche die Krone aufgesetzt. Sie haben über Minuten – ich wollte schon fast sagen: über Stunden – gesagt: „Die Zeitleiste ist nicht in Ordnung; Sie haben uns nicht darüber informiert.“ – Sie mussten zweimal darauf hingewiesen werden, und sagten dann: Entschuldigung, das habe ich gerade erst gesehen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ich habe es wirklich nicht gesehen! Ich habe mich entschuldigt! Das ist jetzt echt frech!)

Das ist das Einzige, was übrig geblieben ist.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Unfassbar!)

Die SPD-Fraktion geht hin und stellt Fragen; diese werden beantwortet. Sobald nach der Sitzung die Tür aufgeht, kommt Ihr Pressestatement, in dem gesagt wird, es seien noch weiterhin Fragen offen geblieben. – Welche Fragen sind denn bei Ihnen offen geblieben?

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Es sind weiterhin Fragen offen!)

Ich stelle mir wirklich die Frage, welche Fragen offen geblieben sind! Unglaublich!

(Sven Wolf [SPD]: Die Frage war zum Januar! Sie haben ja gar nicht zugehört! – Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Aber nun zu den Stichworten „Transparenz“ und „Skandal“.

(Sven Wolf [SPD]: Wenn man keinen Aufklärungswillen hat!)

Ich habe es gerade noch einmal erwähnt: Die Liste der intransparenten Amtsführung und der Skandale von Ralf Jäger ist deutlich länger als die seiner Erfolge. In seine siebenjährige Amtszeit fallen so viele Skandale und so viel Intransparenz

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Oh Gott, ist das peinlich! Unglaublich!)

wie bei keinem anderen Innenminister im Land Nordrhein-Westfalen jemals zuvor.

Mai 2012: Zwei Polizisten durch Messerstiche bei Salafisten-Demo schwer verletzt. September 2014: Misshandelte Flüchtlinge durch Mitarbeiter der Sicherheitsdienste in der Landesunterkunft in Siegen. Oktober 2014: Die Polizei unterschätzt Hooligans gegen Salafisten bei Demonstration in Köln. Beamte werden in Straßenschlacht verwickelt. Dezember 2015: ...

(Sven Wolf [SPD]: Was sollen denn die Opfer denken? – Monika Düker [GRÜNE]: Wollen Sie das jetzt verrechnen, oder was? – Zurufe)

– Ja, das tut denen weh! Hören Sie mal zu; das tut Ihnen jetzt mal weh!

(Beifall von der CDU – Sven Wolf [SPD]: Nein, was sollen die Opfer denken?)

In der Silvesternacht 2015/2016 werden Frauen am Kölner Hauptbahnhof massenhaft Opfer sexualisierter Gewalt. – Und am Ende Anis Amri.

(Sven Wolf [SPD]: Amri wollen Sie auch noch in die Schuhe schieben, oder was?)

„Jäger 90“ oder „Pattex-Ralf“ – den hätten Sie schon viel früher zum Rücktritt auffordern sollen. Nichts haben Sie getan, und dann versteigen Sie sich dazu, dem Innenminister den Rücktritt nahezu legen!

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Sieveke, entschuldigen Sie, dass ich Sie ...

Daniel Sieveke (CDU): Ich möchte jetzt erst im Kontext ausführen.

Im Gegensatz dazu pflegt Innenminister Herbert Reul einen neuen, offenen Umgang mit Fehlern. Das nenne ich eine Fehlerkultur. Das kannten Sie vorher nicht, Sie haben es immer nur beschrieben. Er zieht es durch.

Liebe Opposition, ich bin mir nicht sicher, ob Sie sich nicht bald, in einer ruhigen Minute, die Frage stellen müssen, ob Sie durch Ihre Aktionen von Sondersitzungen,

(Frank Müller [SPD]: Als Innenminister würde ich mich über so eine Art der Verteidigung schämen!)

Pressestatements, Rücktrittsforderungen und schreiender Kritik in den Ermittlungen nicht das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei, in den Rechtsstaat und vielleicht auch in die Politik schädigen.

Aber kommen wir noch einmal zum Manöver der Spezialdemokraten vom gestrigen Tag.

(Sven Wolf [SPD]: Oh, oh!)

Die SPD möchte einen PUA Lüge einrichten – aber anders als in dem vorliegenden Antrag der AfD. Und den Äußerungen der Kollegin Schäffer in der Presse zufolge soll es nicht um ein Fehlverhalten des Kreisjugendamtes Lippe gehen, sondern einzig um Ermittlungsspannen.

Dieses Tun ist schäbig. Es verhöhnt meiner Ansicht nach die Opfer

(Sven Wolf [SPD]: Den Vorschlag der Kommission haben Sie jetzt so ein bisschen unterschlagen!)

und dient in keiner Weise der Aufklärung. Ihnen geht es einzig und allein darum, den Innenminister – den besten Innenminister in Nordrhein-Westfalen der letzten 50 Jahre – zu beschädigen.

(Beifall von der CDU – Sven Wolf [SPD]: Jetzt hängen Sie die Latte immer höher!)

Ich darf noch ein letztes Mal aus dem „Westfalen-Blatt“ zitieren:

„SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty verstieg sich gestern sogar zu der Aussage, Reul habe bisher ‚keinen Beitrag zur Aufklärung‘ geleistet. Keinen Beitrag? Reul hat einen Sonderermittler nach Detmold geschickt, der dort die größten Fehler dokumentierte und nach Düsseldorf meldete, wo der Minister die Informationen umgehend an die Innenpolitiker der Opposition weitergab. In welchem anderen Ermittlungsverfahren hat es jemals lange vor einem Prozess eine solche Transparenz gegeben wie in diesem Fall? In keinem!“

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren! Dem Kommentar im „Westfalen-Blatt“ ist nichts mehr hinzuzufügen. Er hat das zusammengefasst, was wir im Innenausschuss immer gesagt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD: Es ist jetzt der falsche Zeitpunkt. Ich habe dazu Stellung genommen. Wir gehen diesen Weg weiter. Vielen Dank an den Innenminister; vielen Dank für Ihr Zutun.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. Sie haben sicherlich gesehen, dass Kurzinterventionen angemeldet wurden. Ich verwende den Plural bewusst, weil es zwei Kurzinterventionen gibt: die erste von Herrn Kollegen Wagner von der AfD und die zweite von Frau Kollegin Düker von Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Kollege Wagner, Ihr Mikrofon ist an.

Markus Wagner (AfD): Danke. – Herr Kollege Sieveke, es geht eigentlich nur um eine kurze Sache. Sie haben erwähnt, dass wir in unserem Antrag die Erweiterung des Untersuchungsauftrags eingebunden haben. Wir beziehen uns dabei natürlich auch auf die Historie der Untersuchungsausschüsse, unter anderem auch auf den Untersuchungsausschuss „WestLB“, der meines Wissens anderthalb Jahre nach der Einsetzung des Ausschusses um ganze Themenkomplexe erweitert wurde.

Sollte es aber an diesem Passus in unserem Antrag liegen, dass Sie ihm nicht zustimmen können, dann streichen wir ihn gerne. Das ist kein Thema.

Im Übrigen sollte, wenn ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet wird, der Untersuchungsauftrag – das ist noch einmal deutlich geworden – vollumfänglich und unter Einbeziehung der Jugendämter erfolgen, nicht unter deren Ausklammerung. Denn es waren doch die Jugendämter, die das Kind in die Obhut – „Obhut“ kann man gar nicht mehr sagen, eher „in die Fänge“ – des Täters gegeben haben.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Da kann man die Jugendämter doch wohl nicht bei der Aufarbeitung im PUA ausklammern.

(Beifall von der AfD)

Daniel Sieveke (CDU): Herr Wagner, das war ein Teilaspekt, weshalb wir den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ablehnen. Ich habe Ihnen den anderen Grund eben schon genannt: Die Bearbeitung im Innenausschuss und davor in Obleuterunden und in vertraulichen Runden – eine solche Transparenz habe ich noch nie erlebt. Und ich bin jetzt seit neun Jahren hier im Parlament.

Ich muss sagen: Ich möchte diesen Weg gerne weitergehen. Es geht darum, jetzt schnell Maßnahmen treffen zu können.

In der letzten Innenausschusssitzung ist sinngemäß gesagt worden – die Argumentation wurde auch schon aufgeführt –: Ja, das kann ja weitergehen. – Nein, Sie wissen ganz genau, dass ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zum jetzigen Zeitpunkt die Arbeit hemmen würde, weil erst einmal alle Fakten zusammengetragen und alles Mögliche gemacht werden müsste.

Ich glaube, wir werden schon noch einen Weg finden, um die weitere Beratung zu intensivieren.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Aber jetzt geht es darum, diesen Weg weiterzugehen. Ich mache dieses durchsichtige Spiel von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einfach nicht mit. Deswegen bleibt es bei dieser Argumentation. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. – Jetzt schalte ich das Mikro für Frau Kollegin Düker frei.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Kollege Sieveke, wir reden heute – um noch einmal das Thema zu benennen – über die Frage, wie und in welcher Form das

Parlament eines der monströsesten Verbrechen, das je in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, aufarbeiten soll und kann.

Stellen Sie sich doch bitte mal die Frage – damit möchte ich Sie hier gerne noch einmal konfrontieren –, wie es den Opfern, den Angehörigen, den Familien damit gehen muss, wenn Sie hier dieses monströse Verbrechen mit fehlgeleiteten Polizeieinsätzen aus der letzten Legislaturperiode aufrechnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde, angesichts der Frage, um die wir hier streiten – nämlich wie wir das Ganze hier im Parlament aufarbeiten –, ist das ein Schlag ins Gesicht der Opfer und ihrer Angehörigen, wenn Sie hier parteipolitische Geländegewinne erzielen wollen, wenn Sie Rot-Grün noch einen mitgeben wollen und wenn Sie Herrn Jäger noch einmal vorführen wollen. Das ist schändlich. Das sage ich Ihnen: Ich bin entsetzt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Der Abgeordnete Daniel Sieveke [CDU] antwortet nicht sofort.)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Sieveke, offensichtlich war Frau Düker am Ende ihres Redebeitrages.

Daniel Sieveke (CDU): Ja, ich muss so was erst mal sacken lassen, Frau Präsidentin. – Frau Düker, ich glaube, die Diskussion über die Gewichtung, welches Verbrechen monströs ist oder nicht monströs ist, brauchen wir beide nicht zu führen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Genau das tun Sie!)

Ich frage Sie: Machen vergewaltigte Frauen das besser für Sie? Das war eben ...

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE] – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Ich habe Ihnen doch gerade ganz ruhig zugehört. Machen Sie das doch auch!

(Zurufe)

Es geht hier um Kinder.

(Horst Becker [GRÜNE]: Der redet sich eh um Kopf und Kragen!)

– Herr Becker, wenn ich noch einen dummen Kommentar von einem ähnlichen Menschen gebraucht hätte, dann von Ihnen. Vielen Dank, dass Sie sich so dazu eingelassen haben.

Wenn Sie bei einem solchen Fall, bei dem es um Kinder geht, dem Innenminister vorwerfen, dass er nicht transparent mit der Thematik umgeht, dass er die Zeitleiste nicht ordentlich aufgestellt hat, dass er über verschiedene Sachen nicht richtig informiert, dann ist das eine Verhöhnung von Opfern. Die SPD möchte

den Komplex „Jugendamt“ gar nicht mit dabei haben. Das ist eine Verhöhnung von Opfern.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Denn man will sich der Tatsache gar nicht stellen.

Ich lasse mir von Ihnen, Frau Düker, nicht vorhalten, ich würde das verharmlosen, was den Kindern passiert ist. Wissen Sie, wie sehr mich all die Berichte im Rechtsausschuss und im Innenausschuss als Familienvater beschäftigen? Das lässt mich nachts nicht mehr los. Das lässt mich in meiner politischen Arbeit nicht mehr los.

Wenn ich meine Kinder abends ins Bett bringe, dann lässt mich das nicht los, weil ich daran denke, was den Kindern in Lügde passiert ist, und dass es Eltern gibt, die ihre Kinder so etwas aussetzen, sowie Jugendämter und auch andere staatliche Gewalt. Das ist das Schlimmste, was ein Staat zulassen kann. Ich glaube, wir sind alle daran interessiert, dass diese Taten aufgeklärt werden und dass damit richtig umgegangen wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das schafft kein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss, sondern das schafft nur vernünftige Politik, und die betreiben unser Innenminister und diese Landesregierung. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. – Jetzt fahren wir in der Reihenfolge fort. Das Wort hat jetzt Herr Kollege Bialas für die SPD-Fraktion.

Andreas Bialas^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über das Leiden an einem der vielleicht unerträglichsten Widersprüche unserer Zeit in unserem Land. Während wir einerseits in unseren Kindern die Zukunft sehen, behaupten, sie zu lieben, und häufig geloben, immer alles für sie und ihre Zukunftsperspektive zu tun, nehmen wir häufig genug Kinder in ihrem Leiden nicht wahr. Wir nehmen ihr Leiden nicht ernst, wir sehen wir nicht hin und hören nicht hin.

Während wir sexuelle Gewalt gegen Kinder strafrechtlich belegen, verabscheuen und sozial ächten, müssen wir erkennen, dass beim realen Begehen der Verbrechen Wegsehen und Weghören von Erwachsenen, auch von staatlichen Stellen, anscheinend zu häufig üblich ist.

Während wir normalerweise davon ausgehen, dass sich die Täter angesichts Strafandrohung und öffentlicher Ächtung still und heimlich im Dunklen herumdrücken würden, sehen wir wie hier in Lügde, dass

die Täter über Jahre hinweg keine besondere Aufdeckungsgefahr befürchteten und anscheinend sogar recht offen mit dem Missbrauch umgingen.

Betrachtet man die Vorkommnisse von Lügde, hat sicher jeder in diesem Land das Gefühl: Hier stimmt doch etwas nicht; hier stimmt doch ganz vieles nicht. Daher fragen sich auch alle: Was lief hier schief? Warum lief es schief? Wer trägt für die Versäumnisse die Verantwortung? Und am wichtigsten: Was können und müssen wir für die Zukunft tun, um solche Verbrechen wie die Vergewaltigungen und die sexuellen Übergriffe an Kleinstkindern zu verhindern?

Wie konnten diese Verbrechen so lange unbehelligt geschehen? Wie waren die ersten unfassbaren Fehler und die Straftaten möglich? Wieso unterliefen noch weitere unglaubliche Fehler, auch nach dem Bekanntwerden des Skandals in der breiten Öffentlichkeit und auch unter der dann proklamierten „besonderen Dienstaufsicht“ des Innenministers?

Kollege Sieveke, drei Punkte:

Sinnvolle Maßnahmen tragen wir mit. Das sage ich Ihnen schon jetzt. Das tragen wir auf jeden Fall mit. Allerdings: Sie brauchen das gar nicht. Sie haben eine Regierungsmehrheit. Sie können das auch ohne uns machen. Stellen Sie es nicht immer so dar, als könnten Sie nichts tun, wenn wir nicht mitgehen. Sie können das. Sie müssen es machen; Sie werden es auch machen. Bei dem, was sinnvoll ist, gehen wir immer mit.

Ein weiterer Punkt: Ich danke Ihnen für das lange Vorlesen des für Sie einzig günstigen Presseberichts am heutigen Tag. Ich habe mich schon gewundert, dass sich die CDU bereits so stark im Abwehrkampf befindet, obwohl wir doch noch gar nicht richtig angegriffen haben.

Wir haben es noch sehr deutlich in den Ohren: Das hätte meine Oma besser gemacht. Wir werden jeden Stein umdrehen, notfalls röntgen. Das mache ich zu meinem Projekt. – Dann wird eine Hütte nicht durchsucht, weil da kein Flatterband drum war. Dann wird der Tatort in Abwesenheit der Polizei abgerissen. Dann wird dabei wohl weiteres Kinderpornomaterial auf dem Müll gefunden, welches nicht mehr verwendet werden kann, und, und, und.

Möglicherweise haben wir teilweise auch ganz andere Wahrnehmungen von dem Verlauf der Innenausschusssitzungen. Ich kann Ihnen mal meine Sicht der letzten Woche schildern und Ihnen darlegen, warum der Untersuchungsausschuss nötig ist und das Thema nicht mehr allein im Innenausschuss behandelt werden kann:

Ich fragte in der letzten Woche, ob bei den auf dem Müll gefundenen Datenträgern während des Abrisses der Hütte des Hauptverdächtigen auch kinderpornografisches Material gewesen sei, das aufgrund der Umstände nun einem Beweisverbot anheimfallen

würde. Ich wollte wissen, ob eigentlich relevantes Material nur aufgrund des fehlerhaften Umgangs nicht mehr verwendet werden könne.

Darauf erhielt ich eine verschwurbelte Möglichkeits-Antwort in den verschiedensten Facetten, aber keine klare Antwort. Ich wiederholte diese Frage und bat um ein einfaches Ja oder Nein. Daraufhin sagte man mir, man würde diese Frage nicht mehr beantworten, das hätte man schließlich gerade getan.

Die Häufigkeit Ihrer Phrase, man hätte bereits alle Fragen beantwortet – obwohl man das gerade nicht getan und sich um eine Antwort herumgeschwurbelt hat –, macht es nicht richtiger oder besser. Daher werden wir diese und viele andere Fragen nun in einem Untersuchungsausschuss stellen, wo Sie klar zu antworten haben, da hier andere Rechte und Pflichten bestehen, und wo Sie sich nicht um unangenehme Fragen und Antworten herumdrücken können.

(Zuruf von der CDU)

Es hat trotz unserer sehr frühzeitigen Bitte im Innenausschuss lange gedauert, bis endlich deutlich wurde, dass es bei derartigen Delikten nicht allein um die beweissichere Strafverfolgung geht, sondern besonders auch um die Gefahrenabwehr, also die Verhinderung weiterer Taten, die Verhinderung potenzieller Opferwerdung kleiner Kinder.

In der letzten Innenausschusssitzung sprach der Minister dann auch genau darüber. Nur, wir baten frühzeitig darum, und es hat sich anscheinend in dieser Richtung nichts getan. Anders sind nachfolgende Geschehnisse im Zusammenhang mit dem Abriss nicht zu erklären.

Herr Innenminister, entweder Sie haben es den Beamten vor Ort klargemacht, dass alle gefundenen Gegenstände nicht nur einer Strafverfolgung dienen, sondern aus ihnen auch Erkenntnisse über mögliche weitere Opfer gewonnen werden können, oder nicht. Wenn ja, dann ist es unbegreiflich, dass beim Abriss keine Polizei dabei war; dann ist es unbegreiflich, wenn gesagt wird: „Mehr Beweismaterial brauchen wir gar nicht; das, was wir haben, reicht schon“, und dann ist es unbegreiflich, wenn dem Finder anscheinend per Telefon mitgeteilt wird, das aufgefundene Material könne bei der Polizei vorbeigebracht werden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bialas, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Kollege Berghahn aus der SPD-Fraktion würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Andreas Bialas^{*)} (SPD): Ich würde gerne zusammenhängend vortragen.

(Zuruf von der CDU: Das war auch für Sie überraschend, oder?)

– Das war auch für mich überraschend, ja.

Das ist unbegreiflich für uns, und da fragen wir schon: Haben Sie keine Anweisungen gegeben? Haben Sie keine Dienstaufsicht geführt? Hat man Sie in puncto Gefahrenabwehr nicht verstanden, oder hat man Sie da nicht ernst genommen?

Das sind doch Fragen von einer enormen Tragweite für die innere Sicherheit in unserem Land. Führt der Innenminister Fachaufsicht oder nicht? Und wenn ja: Nutzt die etwas oder nicht? Jedes Kind – darin sind wir uns wohl alle einig – aus dieser Hölle herauszuholen oder gar nicht erst dorthin kommen zu lassen, muss für uns das handlungsleitende Ziel sein – sofort und immer, ob ohne oder mit Untersuchungsausschuss.

Ich war entsetzt, als Sie in der letzten Innenausschusssitzung sagten: Ich werde mit dem Kampf gegen Kinderpornografie doch nicht warten, bis ein Ausschuss fertig ist. – Es ist ein Unding, dass Sie das in einen Zusammenhang bringen oder überhaupt infrage stellen und so tun, als ob der Untersuchungsausschuss und damit das parlamentarische Aufklärungsrecht Sie von der Bekämpfung abhalten würden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie sind der Innenminister. Sie sind die personifizierte innere Sicherheit in diesem Land.

(Beifall von der CDU)

Ich sage Ihnen: Wir wollten das nicht, Sie wollten das.

(Zurufe von der CDU)

Dann müssen Sie diese Bürde der Aufgaben aber auch tragen. Der Kampf gegen Kinderpornografie gehört selbstverständlich zu den Aufgaben dazu – sofort, immer und umfangreich.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Wenn wir über Lüge sprechen, hilft es auch nicht, damit zu kommen: Ich wusste eigentlich bis Ende Januar gar nichts. Es gibt ein Delegiertenprinzip und damit andere Verantwortliche außer mir. – Das bedeutet: nicht ich, sondern die anderen.

Oder die sehr überraschende Aussage: Solche Fälle sind nichts Neues – die gibt es ständig, auch in diesem Umfang.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Alles wurde jedoch durch die Aussage getoppt, wir würden Sie behindern, und Sie könnten nicht mehr gegen Kinderpornografie ankämpfen.

(Zurufe von der FDP)

Diese Sätze aus der letzten Innenausschusssitzung sind Versatzstücke einer Abwehrschlacht, und sie haben mich – das ist meine ganz persönliche Meinung – nicht nur tief erschüttert, sondern waren auch ein Tiefpunkt im Ausschuss. Auch das lässt mich daran zweifeln, dass wir auf dem richtigen Weg sind, der ja immer so vollmundig propagiert wird.

In einer anderen Innenausschusssitzung wurde über einen Vorfall in Minden-Lübbecke gesprochen. Wir hörten auf einmal von einem Fall sexueller Gewalt und Kinderpornografie aus Minden-Lübbecke, der uns von Ihnen im Ausschuss als Beispiel guter Arbeit dargestellt wurde. Es lief also alles wunderbar, eigentlich idealtypisch, so wurde es bezeichnet. Nur handelte die Polizei leider etwas verspätet, nämlich 14 Monate zu spät. Vorher traf man den Verdächtigen leider nicht an, wenn man bei ihm an der Haustür geklingelt hat. Über ein Jahr hat man dem Ganzen keine besondere Priorität zugemessen.

Da sagen wir: Wenn der Verdacht des Missbrauchs im Raume steht, muss die Polizei doch bitte täglich an der Türe klingeln. In den Hambacher Forst schicken Sie Zehntausende. Bei Verkehrsdelikten auf Autobahnen im Zusammenhang mit Hochzeitsfeiern schicken Sie das SEK los, und bei Kindesmissbrauch geht der Beamte wieder nach Hause

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

und schaut erst Monate später mal wieder vorbei. Das kann nicht sein!

(Vereinzelte Beifall von der SPD)

In diesem Zusammenhang reden Sie von „eigentlich guter Arbeit“ und „fast alles richtig gemacht“ – abgesehen von der Zeit –, weil die Akte so gut geführt wurde. Ich sage Ihnen: Das grenzt an Zynismus.

Natürlich haben Sie da sofort zu handeln und nichts schönzureden oder Handlungsunmöglichkeiten aufgrund eines Untersuchungsausschusses zu unterstellen. Sie sind Innenminister. Sie haben die Aufgabe und die Pflicht, Fehler aufzuspüren und abzustellen, ob ohne oder mit Untersuchungsausschuss. Sie sind an oberster Stelle verantwortlich. Stellen Sie sich dieser Verantwortung! Versuchen Sie nicht, ein parlamentarisches Aufklärungsrecht in Misskredit zu bringen!

Zum Komplex Lügde ist der Fragenkatalog in der Tat sehr lang. Wir werden die Fragen stellen, und Sie werden uns Antworten geben müssen. Wir werden dabei übrigens Ihre eigenen, von Ihnen selbst aufgestellten Maßstäbe berücksichtigen. An den Maßstäben, welche Herr Minister Biesenbach im Hinblick auf die Verantwortung eines Innenministers in puncto Dienstaufsicht, Delegationsprinzip, Informationspflicht, Führungspflicht und Ähnliches stets gefordert hat, werden Sie sich messen lassen müssen. Wir

versprechen Ihnen: Es gelten keine anderen Maßstäbe als Ihre eigenen, die Sie noch in der Oppositionszeit aufgestellt haben.

Was in Lügde strafrechtlich Relevantes geschehen ist, wird durch die Polizei und die Staatsanwaltschaft aufgearbeitet und vom Gericht bewertet. Wir sind nicht die besseren Ermittlungskräfte oder Richter. Daher werden wir warten, bis die Anklagen gegen die drei Hauptbeschuldigten zugelassen wurden und die Staatsanwaltschaft mit den Ermittlungen geendet hat. Übrigens umschließt das für uns den gesamten Untersuchungszeitraum bis zu diesem Punkt, was nicht unwichtig ist.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Arbeit der Polizei – Herr Sieveke, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das ebenfalls erwähnt haben –: Wir bedanken uns bei den zahlreichen Polizistinnen und Polizisten, die hervorragende Arbeit geleistet haben. Davon wird berichtet, aber leider viel zu selten.

Auch bei der Arbeit der Polizei gibt es nicht nur gut oder schlecht. Auch im Tun von Polizisten gibt es Fehler, Unfassbarkeiten, möglicherweise sogar strafbares Handeln. Und so weh es tun mag: Auch dort muss hingesehen werden. Es gibt Versäumnisse und Fehler in der Fachaufsicht, im Führungsverhalten und letztendlich auch im Regierungshandeln. Dort muss ebenfalls hingeschaut werden.

Die Aufgabe eines Untersuchungsausschusses ist es, das behördliche Handeln sowie das Regierungshandeln oder Regierungs-Nichthandeln zu betrachten. Aber auch wenn wir dann die Antworten zu vielen gestellten Fragen erhalten oder gefunden haben, müssen wir zwingend an die künftige Aufgabenwahrnehmung denken.

Lügde wiederholt sich nur dann nicht, wenn wir neue Strukturen denken, mit Sicherheit auch Ausbildung und Fachaufsicht verändern, neue Haltungen entwickeln, neue Regeln aufstellen, neue Prinzipien einführen. Hierfür brauchen wir eine Kommission wie eine Enquete, die die durch den PUA aufgedeckten Fehler dafür nutzt, neue, bessere Wege, Haltungen und Strukturen zu entwickeln. Dies ist die zweite zwingend notwendige Seite der Medaille.

Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass die reine Aufklärung von Sachverhalten zwingend auch zu veränderter Aufgabenwahrnehmung führt. Das aber ist das eigentliche Ziel unseres Vorhabens. Es muss – das darf ich abschließend sagen – bei diesen Fällen endlich anders werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Auch Sie haben gesehen, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde, und zwar erneut von Herrn Kollegen Wagner von der AfD-Fraktion. Das Mikro ist offen.

Markus Wagner (AfD): Lieber Kollege Bialas, erst mal vielen Dank für Ihr Plädoyer zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Das ist ja genau das, was auch wir wollen; deswegen haben wir den Antrag heute eingebracht. Wir haben uns daran orientiert, dass Ihr Fraktionskollege beim letzten Plenum im April gesagt hat, dass man das Ende der Ermittlungen abwarten wolle. Das haben wir getan. Die sind beendet, jedenfalls was die drei Hauptverdächtigen angeht. Die Anklageerhebung gegen den Dritten steht unmittelbar bevor.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Also ist es nicht abgeschlossen!)

Wir haben bereits im April gesagt, dass wir offen sind für jede Art von Änderungsanträgen von Ihrer Seite, wenn Sie denn schon keinen eigenen Antrag vorliegen haben. Nur zu einem sind wir nicht bereit: Wir sind nicht bereit, die Jugendämter bei diesem Untersuchungsauftrag außen vor zu lassen.

(Zuruf: So ein Quatsch!)

Ich will Ihnen das noch mal kurz erläutern. Die ganze Geschichte beginnt damit, dass ein Jugendamt ein 6-jähriges Mädchen in die Fänge dieses Verbrechers gegeben hat, der auf einem Campingplatz lebte, wo kein normaler Mensch ein Kind hingeben würde. Es waren die Jugendämter, die letztlich dafür gesorgt haben, dass der Täter über dieses Kind an weitere Kinder, an Freundinnen und Bekannte, herankommen konnte. Es gab unglaubliche Versäumnisse bei den Jugendämtern, was die Hinweise auf sexuellen Missbrauch gegen den Täter betraf.

Ich sehe es nicht ein, dass wir uns hier ausschließlich gegen einen Innenminister positionieren, wobei ich auch sagen muss: Ob ein Innenminister zurücktreten muss oder nicht, das können wir im Anschluss an einen Untersuchungsausschuss diskutieren; aber nicht drei Tage nach der letzten Sitzung.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Zeit.

Markus Wagner (AfD): Gut. – Wie gesagt: Das ist mit uns nicht möglich. Für uns geht das nur mit Einbeziehung der Jugendämter. Alles andere ist kalter Kaffee; das will ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Wagner. – Herr Kollege Bialas hat jetzt Gelegenheit zur Antwort.

Andreas Bialas^{*)} (SPD): Ich habe das in Ihrer Intervention Dargelegte bereits in Ihrer Rede gehört und auch begriffen.

(Markus Wagner [AfD]: Sicher nicht!)

Ich kann Ihnen sagen: Wir werden einen Antrag mit einem umfangreichen Aufklärungsinteresse einbringen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was auf dem Campingplatz in Lügde geschehen ist, ist schrecklich und nicht in Wort zu fassen: tausendfacher Missbrauch, unvorstellbare Straftaten, Leid und Schmerz für Kinder und deren Familien.

Die neusten Erkenntnisse, die uns fast täglich ereilen, muss man leider so zur Kenntnis nehmen. Ich als Politiker sage auch: Ich möchte mit den vor Ort handelnden Beamten nicht tauschen, die jeden Tag diese schrecklichen Sachverhalte bearbeiten müssen.

Es ist jetzt Aufgabe von uns allen – und das schulden wir auch den Opfern –, auf der einen Seite die Sache lückenlos aufzuklären und auf der anderen Seite dafür zu sorgen, dass es zu einer konsequenten Bestrafung der mutmaßlichen Täter kommt. Darüber hinaus haben wir eine weitere Aufgabe – gerade im politischen Raum –, nämlich ehrlich und kritisch die strukturellen Versäumnisse zu diskutieren und zu überlegen, wie wir in Zukunft dafür Sorge tragen können, dass sich solche Taten nicht wiederholen. Ziel muss also sein, dass Täter nicht den toten Winkel im System so perfide ausnutzen können, wie wir das dort erlebt haben.

Ich sage es ganz deutlich: Die Jugendämter in Nordrhein-Westfalen – 186 an der Zahl – machen mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, eine erstklassige Arbeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich finde es wichtig, das hervorzuheben, um Vertrauen herzustellen; denn viele Menschen und Familien sind auf die Arbeit der Jugendämter angewiesen.

Wenn es dort strukturelle Schwierigkeiten gibt – und die gibt es mit Sicherheit –, weil viele Jugendämter unter einer Knappheit an personellen Ressourcen leiden und vielleicht auch nicht immer die Kompetenz mitbringen, auf alle Gefahren eingehen zu können – da geht es um sexuellen Missbrauch, um Verwahrlosung, um Kinderarmut oder auch um Gewalt an Kindern –, dann müssen wir über Qualitätsstandards diskutieren,

(Zuruf von der SPD: Zum Beispiel in so einer Kommission!)

und darauf achten, wie wir die Jugendämter unterstützen, damit das in Zukunft nicht mehr passiert.

Deswegen müssen wir den Blick nach vorne richten und schauen, wie wir dort strukturelle Veränderungen hinbekommen.

Weiterhin möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einmal klarzumachen, was für uns alle das höchste Gebot sein sollte, nämlich diese Debatte und dieses perfide Vorgehen in Lüge nicht zum politischen Geländegewinn zu nutzen – egal für wen; ich möchte jetzt auch niemanden anschauen und in eine Richtung zeigen. Es muss hier um die Sache gehen und darum, die Opfer zu schützen und für sie da zu sein, die Täter zu bestrafen und den Blick nach vorne zu richten.

Meine Damen und Herren, zu dieser Verantwortung gehört neben dem Handeln auch, sich in Geduld und in Zurückhaltung zu üben, auf den richtigen Zeitpunkt für die richtigen Maßnahmen zu warten und dann entsprechend zu agieren.

Das erste Ziel – das jetzt alle genannt haben, und das ich im Namen der FDP-Fraktion auch teile – ist die schnellstmögliche Aufklärung. In allererster Linie ist das die Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden – der Polizei und der Staatsanwaltschaft –, die jetzt agieren und handeln müssen, und ihnen dürfen wir uns nicht in den Weg stellen. Meines Erachtens bzw. so, wie ich das wahrnehme, kann ich für die FDP sagen: Die Strafverfolgungsbehörden arbeiten unter Hochdruck in einem enormen Tempo, um möglichst schnell eine Anklage auf den Weg zu bringen.

Wahrscheinlich wurden, wie man das auch den Medien entnehmen kann, vor Ort Fehler gemacht. Ich finde – und das muss man in dieser Klarheit noch einmal sagen –, der Innenminister, Herr Reul, hat daraufhin das einzig Richtige und Sinnvolle getan und maximale Transparenz hergestellt. Ich gehöre diesem Haus hier fast zehn Jahre an, und ich habe bei keinem Minister – egal aus welchem Ressort – vorher erlebt, dass derart volle Transparenz hergestellt wurde. Danke dafür! Diesen Weg müssen wir in der Politik dringend weitergehen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch die anderen Ministerien, die davon betroffen sind, arbeiten entsprechend und haben erste Konsequenzen gezogen.

Das MAGS hat beispielsweise ein nordrhein-westfälisches Ärztezentrum ins Leben gerufen, eine zentrale Anlaufstelle für Kinderärzte, um bei möglichen Verdachtsfällen zu überprüfen, was dort passiert ist, und die Ärzte zu unterstützen, um dann mit dem Jugendamt Konsequenzen einzuleiten.

Innenminister Herbert Reul hat umgehend einen direkt dem Minister unterstellten Beauftragten gegen Kindesmissbrauch eingesetzt, damit diese Themen behandelt werden können.

Die Landesbeauftragte für Opferschutz ist mehrmals vor Ort gewesen und hat sich insbesondere um die Opfer gekümmert sowie die Angehörigen unterstützt.

(Zuruf von der SPD)

Das MKFFI unter Leitung von Joachim Stamp, dem Familienminister – das will ich als Kinder- und Jugendpolitiker besonders herausstellen –, hat klar angekündigt, die Strukturen – damit solche Fälle nicht noch einmal passieren – zu untersuchen und Konsequenzen daraus zu ziehen und das Parlament genauso transparent mit einzubinden, damit wir hinterher ein Ergebnis bekommen, das von allen mitgetragen wird, weil wir alle kein Interesse daran haben, dass sich so etwas irgendwann wiederholt.

Ich bin auch froh, dass Minister Stamp klargemacht hat, dass er eine Kinderschutzkommission positiv sieht und es in der jetzigen Zeit das richtige Signal sein kann, dort entsprechende Kräfte zu bündeln und die Reihen gegen den Kindesmissbrauch zu schließen.

Ich habe es eben schon gesagt: Die Staatsanwaltschaft hat die ersten Schritte eingeleitet. Das ist richtig und wichtig. Ich bin der Meinung, die Täter müssen hier die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen.

Das Verfahren wird eine enorme Belastung für die Kinder, für die Familien und für das gesamte Umfeld sein, und die Beweismängel sind, wie wir das wahrnehmen, erdrückend groß. Das einzig Gute daran ist, dass es wahrscheinlich genügend Material gibt, damit die Täter bestraft werden. Ich meine, dass nun die Staatsanwaltschaft, die Polizei, die Anwälte und die Opfer alle Unterstützung benötigen und mit Hochdruck daran gearbeitet werden muss, diesen Prozess zu beginnen und lückenlos aufzuklären.

Meine Damen und Herren, dabei müssen wir diese handelnden Personen unterstützen, und ein Untersuchungsausschuss hilft dabei zum heutigen Zeitpunkt nicht.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Ich halte es für unklug, solche Debatten – das ist an die AfD und an die anderen Fraktionen gerichtet – heute loszutreten; vielmehr sollten wir diejenigen, die dort im Moment arbeiten, unterstützen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich sehe einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss entspannt und nicht sorgenvoll entgegen, weil ein Minister wie Herr Reul nicht viel mehr machen kann, als er jetzt tut,

(Zuruf von der AfD)

nämlich eine maximale Transparenz herzustellen und sich für Aufklärung einzusetzen. Das hätte in der Vergangenheit vielen anderen auch gutgetan. Deswegen denke ich, dass wir uns als Parlament eher

darauf konzentrieren müssen, was wir politisch dazu beitragen können, damit solche Fälle in Zukunft nicht mehr eintreten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss wird kommen, weil wir ihn brauchen. Über 40 Kinder und Jugendliche – die jüngsten Kinder noch im Kitaalter – wurden brutal missbraucht. Die Behörden haben diesen Missbrauch trotz der Hinweise – wir wissen das – in den Jahren 2016, 2017 nicht gestoppt. Ich denke, man kann gar nicht anders, als zu dem Fazit zu gelangen, dass hier ein eklatantes Behördenversagen von Polizei und Jugendämtern vorliegt.

Damit muss sich die Politik auseinandersetzen. Unser Ziel muss sein, den Kinderschutz und die Strukturen zu verbessern und alles dafür zu tun, damit es hoffentlich nicht noch einmal zu solchen Fällen kommt. Wir als Grüne haben angekündigt, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen, sobald die Anklage erhoben ist. So habe ich auch den Beschluss der SPD-Fraktion vom gestrigen Tage verstanden.

Die Anklage gegen den zweiten Tatverdächtigen auf dem Campingplatz steht derzeit aber noch aus. Es gibt zwei Anklagen, darunter die gegen den Haupttatverdächtigen. Gegen den zweiten Tatverdächtigen auf dem Campingplatz wurde aber noch keine Anklage erhoben. Darauf warten wir noch, weil wir der Meinung sind, dass die Ermittlungen derzeit die allerhöchste Priorität haben müssen. Deshalb ist es richtig, diese Anklage abzuwarten.

Im Übrigen wissen die Abgeordneten der AfD, dass wir darauf noch warten. Dass Sie heute den Antrag trotzdem zur Abstimmung stellen, zeigt aus meiner Sicht, dass Sie auf parteipolitische Geländegewinne aus sind. Angesichts der Dimension dieses Falls in Lügde finde ich das, ehrlich gesagt, widerwärtig. Das gehört sich nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde, dass die weiteren Fehler, die nach dem letzten Plenum – als der erste Antrag der AfD abgelehnt wurde – öffentlich wurden, noch einmal zeigen, dass es richtig war, zu diesem Zeitpunkt noch keinen Untersuchungsausschuss zu beantragen und zu beschließen. Denn dann wären diese weiteren Fehler nicht mehr im Untersuchungsauftrag enthalten gewesen.

Am Wochenende vor Ostern ist bekannt geworden, dass weitere Datenträger im Abrisschutt der Behausung des Tatverdächtigen gefunden wurden. Herr Reul, Ihre Erklärung, dass der Durchsuchungsbeschluss nicht ausgereicht hätte, um den möglichen doppelten Boden, um mögliche Wandverkleidungen zu durchsuchen, finde ich nach wie vor abenteuerlich.

Auch dass auf dem Campingplatz noch ein Schuppen des Haupttatverdächtigen auftauchte, der bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchsucht wurde, stärkt das Vertrauen in die Polizei nicht.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Der Bericht der Kreispolizeibehörde Lippe vom 11.01.2019, der ans LKA und am 14.01.2019 an das Innenministerium ging und der bei „Westpol“ veröffentlicht wurde, macht für mich deutlich, dass wir diesen Untersuchungsausschuss brauchen. Es ist wichtig, dass wir uns als Abgeordnete selbst ein Bild von den Berichten machen und auch Zeugen vernehmen können.

Herr Reul, es stimmt nicht, dass, wie Sie sagen, alle Informationen aus dem Bericht vom 11.01.2019 vorher öffentlich gewesen seien. Das stimmt nicht. Ja, es stimmt: Wir wussten, dass am 11.01. klar war, dass es mindestens 30 Opfer gibt. Das geht aus den Zeitleisten hervor. Nicht hervor gingen daraus die anderen Punkte, die auch in diesem Bericht stehen, nämlich die Datenmenge bei dem dritten Tatverdächtigen. Das heißt, es gab noch zwei andere Tatverdächtige, wo auch entsprechende Bilddateien und Datenmengen gefunden wurden.

Wichtig finde ich als Ergebnis aus dem Bericht vom 11.01. auch die Frage nach der möglichen Aktenmanipulation beim Jugendamt in Hameln. Wenn man das liest, muss einem doch die Dimension des Falls klar sein. Die Tatsache, dass es schon zu Beginn der Ermittlungen Fehler bei der Kreispolizeibehörde Lippe gegeben hat, dass man beispielsweise zu spät – nämlich eine Woche nach der Durchsuchung, nach der Festnahme des Haupttatverdächtigen – eine Ermittlungskommission eingesetzt hat, zeigt doch, dass man schon vorher die Ermittlungen auf Bielefeld hätte übertragen müssen. Offenbar war Lippe nicht geeignet, diese Ermittlungen in einem so großen Umfangsverfahren zu führen. Hier hätte das Innenministerium handeln müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Um auf den Untersuchungsausschuss zurückzukommen: Wenn wir uns als Parlament ernst nehmen – und das tun wir alle hier – und wenn wir Aufklärung wollen, dann müssen wir Abgeordnete uns selbst ein Bild über das Versagen der Behörden machen und daraus Konsequenzen ziehen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns genau diese Akten anschauen müssen. Wir müssen – das

ist der eine Komplex – die Fehler der Behörden vor Aufdeckung des Missbrauchsfalls untersuchen. Da stellen sich Fragen in Bezug auf die Jugendämter und auf die Polizei. Beides müssen wir im Untersuchungsausschuss untersuchen.

Es stellen sich Fragen, wie ernst die verschiedenen Hinweise genommen wurden. Warum brauchte es diese Strafanzeige, bis die Behörden endlich handelten? Wie wurde mit diesen Hinweisen umgegangen? Wie konnte die Pflegeerlaubnis durch das Jugendamt erteilt werden? Welche strukturellen Probleme gab es sowohl bei der Polizei als auch bei den Jugendämtern – Stichworte: länderübergreifende Zusammenarbeit, Schnittstelle Polizei/Jugendämter, aber auch fachliche Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in beiden Behörden?

Wir müssen aber auch den ganzen Komplex der Fehler nach der Aufdeckung untersuchen. Auch hier stellen sich Fragen bezüglich struktureller Probleme, die erklären könnten, wie es zu solchen Fehlern in der Kreispolizeibehörde Lippe kommen konnte.

Mich macht immer noch fassungslos, warum sich der Minister die Berichte der Kreispolizeibehörde Lippe nicht hat vorlegen lassen. Welche Kommunikation hat eigentlich zwischen dem Bericht am 11.01. und dem 30.01. stattgefunden?

(Herbert Reul, Minister des Innern: Das habe ich alles erzählt!)

Nein, Herr Reul, das haben Sie eben nicht alles erzählt.

(Daniel Sieveke [CDU]: Doch, Sie hören nur nicht zu!)

Ich höre zu, hören Sie bitte auch zu!

(Herbert Reul, Minister des Innern: Ich höre den ganzen Tag schon zu und darf nichts sagen!)

So ist das, wenn es um Untersuchungsausschüsse geht. Das ist Sache des Parlaments und nicht der Regierung. Insofern ist es richtig, dass Sie nicht dazu reden dürfen.

(Zurufe von der CDU)

Was war zwischen dem 11.01. und dem 30.01.?

(Herbert Reul, Minister des Innern: Sie wissen mehr als die meisten hier!)

Herr Reul, vielleicht hören Sie mir einfach ganz in Ruhe zu, dann können wir noch einmal darüber diskutieren. – Die Frage nach der Kommunikation in dem Zeitraum haben Sie nicht beantwortet. Wir haben nachgefragt, welche Kommunikation es gab. Sie haben sich auf die schriftliche Kommunikation zurückgezogen und gesagt, dass es keine gab. Sie haben nach wie vor nicht beantwortet, ob es eine an-

dere Kommunikation gab. Und Sie haben nicht beantwortet, warum es in dieser Zeit keine Kommunikation gab. Diese Fragen sind nach wie vor offen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich weiß gar nicht, warum CDU und FDP so allergisch und dünnhäutig auf die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss reagieren. Ich persönlich sehe einen Untersuchungsausschuss als Chance, aus den Fehlern zu lernen und die Behörden bestmöglich im Sinne des Opferschutzes aufzustellen.

Ich habe zwei Jahre im NSU-Untersuchungsausschuss sehr gut mit den Kollegen Biesenbach, Stamp und anderen zusammengearbeitet. Ich glaube, wir haben da etwas Gutes gemeinsam auf den Weg gebracht. Wenn wir als Parlament Aufklärung wollen, dann müssen wir dies auch ernsthaft betreiben, und dann brauchen wir einen Untersuchungsausschuss.

Wir können doch die Aufklärung nicht alleine der Regierung überlassen. Wir müssen uns doch selbst ein Bild davon machen, welches Versagen es gegeben hat, wo es Veränderungen bedarf. Das ist unsere Aufgabe als Abgeordnete. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass wir diesen Untersuchungsausschuss brauchen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. Sie haben bemerkt, es sind wieder Kurzinterventionen angemeldet worden, die erste von Herrn Wagner, AfD-Fraktion, und die zweite von Herrn Sieveke, Fraktion der CDU. – Herr Wagner, Ihr Mikro ist offen.

Markus Wagner (AfD): Vielen Dank. – Frau Schäffer, Sie haben vorhin dargelegt, dass es gut war, den PUA im April nicht zu beschließen, weil man sonst neue Erkenntnisse nicht hätte einarbeiten können.

Das ist falsch. In unserem Antrag ist eindeutig festgeschrieben, dass neue Erkenntnisse in den Untersuchungsauftrag eingearbeitet werden können. Ich habe eben noch festgestellt, dass dies beim PUA WestLB anderthalb Jahre nach Einsetzung des PUAs in mehreren Themenbereichen geschah.

Wenn Sie also eine solch falsche Behauptung aufstellen, dann erübrigt sich die Frage, wer hier was politisch instrumentalisiert; das will ich Ihnen einmal sagen.

Zum Zweiten: Jetzt kommen Sie und erklären, wir müssten auch noch die dritte Anklageerhebung abwarten – nachdem Sie im April noch argumentiert haben, wir müssten das Ende der Ermittlungen abwarten. Die Ermittlungen sind beendet, jetzt müssen wir die Anklageerhebung abwarten. Warum haben Sie eigentlich bei der Einsetzung des PUAs „Zellenbrand

in Kleve“ nicht gesagt, dass wir erst einmal die Ermittlungen abwarten sollten? – Nein, da konnte es Ihnen gar nicht schnell genug gehen.

Jetzt aber, wo es um Kindesmissbrauch geht, müssen wir noch alles Mögliche abwarten. Das ist nicht glaubwürdig. Sie haben – das ist Ihr Problem – einfach nichts vorliegen. Ihre Erkenntnis kommt viel zu spät, Frau Schäffer. Da nützt es Ihnen auch nichts, wenn Sie die Argumentation, die ich vor vier Woche gebracht habe, hier noch einmal vortragen.

Ich finde aber eines gut. Sie wollen in Ihrem Antrag zumindest die Jugendämter inkludieren. Das wird die Kollegen der SPD möglicherweise dahin gehend ein wenig unter Druck setzen. Darauf bin ich sehr gespannt. Das war's aber auch schon.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Schäffer, möchten Sie antworten?

Verena Schäffer (GRÜNE): Erstens haben wir – das können Sie sich selber noch einmal anschauen – immer gesagt, dass wir die Anklage abwarten wollen. Die liegt derzeit für alle drei Tatverdächtigen noch nicht vor.

Zweitens fragten Sie nach dem Untersuchungsauftrag. In Ihrem Untersuchungsausschuss-Einsetzungsbeschluss haben Sie die Form gewählt, sehr dezidiert Fragen zu stellen. Ich bin skeptisch, ob man das so machen sollte. Wenn man das so macht, ist aber auch klar, dass alle Fehler, die seitdem – also um Ostern herum – passiert sind, mit dezidierten Fragen nicht umfasst sind. Das ist so. Sie können das auch nicht wegre-den.

(Markus Wagner [AfD]: Das ist Unsinn!)

Der dritte Punkt ist mir gerade entfallen. Vielleicht können Sie ihn mir noch einmal zurufen.

(Markus Wagner [AfD]: Da muss ich selber noch einmal nachgucken! – Lachen von den GRÜNEN und der SPD)

– Dann scheint das nicht so wichtig gewesen zu sein. Insofern habe ich, glaube ich, ausreichend darauf reagiert. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Dann hat jetzt Herr Kollege Sieveke die Gelegenheit zur Kurzintervention. Ich bitte ihn, sich noch einmal einzudrücken. Danke schön. Das Mikro ist frei.

Daniel Sieveke (CDU): Frau Schäffer, vielleicht habe ich Sie eben falsch verstanden. Erstens. Sie

haben, was die Jahreszahlen in Bezug auf die Aufklärung anbelangt, die Jahre 2016 und 2017 genannt. – Ich hoffe, dass das ein Irrtum war und dass noch eine andere Jahreszahl oder andere Jahreszahlen auftauchen. Das fand ich, was den Aufklärungswillen angeht, sehr kurz gesprungen.

Zweitens lade ich Sie, Frau Schäffer, ein, sich das Wortprotokoll der Innenausschusssitzung der letzten Woche anzuschauen. Sie stellen Fragen, es werden Antworten gegeben. Es werden Antworten zum Teil auch aus dem Justizministerium gegeben, so wie sie vorgetragen werden können. Das bezieht sich eben auch auf die Frage des Datenmaterials.

Sie haben eben gesagt, dass man solch eine Frage mit Ja oder Nein beantworten kann. – Nein, es gibt Fragen, die man nicht mit Ja oder Nein beantworten kann, sondern man muss das dann auch im Wortlaut so gegen sich gelten lassen.

Sie haben eben dem Kollegen Wagner vorgeworfen, die AfD würde dieses Thema instrumentalisieren. – Wenn Sie seit Wochen herumlaufen und sagen, dass Sie gerne einen PUA beantragen möchten, dann ist das nichts anderes, als wenn Sie hier heute einen PUA beantragen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Schäffer, bitte.

Verena Schäffer (GRÜNE): Um noch einmal auf die Jahreszahlen zurückzukommen: Da haben Sie mir offenbar nicht ganz genau zugehört. Es ging um die Hinweise bzw. um die Frage, wann es Hinweise gab. 2016 und 2017 gab es ...

(Daniel Sieveke [CDU]: Vorher!)

Es war auch keine abschließende Liste, aber es gab diese beiden Hinweise in Bezug auf die Pfliegerochter, Herr Sieveke. Schauen Sie sich die Zeitleiste noch einmal an: Es sind genau die Daten in den Jahren 2016/2017, die wir diskutiert haben.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Was die Fragen angeht: Sie haben nicht zu bewerten, ob uns die Antworten genügen. Es sind Fragen offen geblieben. Ich habe gerade eine Frage hier noch einmal benannt.

Der dritte Punkt betrifft den Untersuchungsausschuss. Ich verstehe, ehrlich gesagt – das habe ich gerade schon einmal gesagt –, gar nicht, warum Sie darauf so reagieren. Was ist denn Ihr Problem? Offenbar scheint es ein Problem zu geben, das Sie mit dem Untersuchungsausschuss haben.

Ich möchte aufklären. Ich möchte, dass wir hier in diesem Fall aufklären und schauen, welche Probleme es gegeben hat. Ich glaube, es gibt strukturelle Probleme, was die Polizeibehörden angeht. Und es gibt, glaube ich, auch Probleme, was die fachliche Qualifikation und Standards bei den Jugendämtern angeht. Damit müssen wir uns als Parlament doch beschäftigen. Das ist unsere Aufgabe als gewählte Abgeordnete. Ich will mich dieser Aufgabe und dieser Verantwortung, ehrlich gesagt, nicht entziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Es gibt jetzt eine weitere Wortmeldung aus dem Kreis der Fraktionen, und zwar von der AfD-Fraktion. Herr Kollege Wagner, Sie haben jetzt das Wort. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, dass Sie nur noch elf Sekunden Redezeit haben.

Markus Wagner (AfD): Meine Damen und Herren, wer die Debatte verfolgt hat, wird wahrscheinlich auf die Idee kommen, dass drei Fraktionen einen Untersuchungsausschuss wollen und dass dieser heute beschlossen wird. Seien Sie nicht enttäuscht, wenn Sie feststellen müssen, dass er heute nicht beschlossen werden wird, weil es zwei Fraktionen gibt, die aus parteipolitisch-taktischen Gründen die Einrichtung eben dieses Untersuchungsausschusses ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Wagner. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 5. Wir kommen zur Abstimmung.

Die antragstellenden Abgeordneten der AfD haben direkte Abstimmung beantragt. Die führen wir jetzt durch, und zwar über den Inhalt des Antrages Drucksache 17/6270. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/6270** der Fraktion der AfD mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

6 Fragestunde

Drucksache 17/6302

Mit der Drucksache 17/6302 liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 42 und 43 vor.

Frau Abgeordnete Wibke Brems hat inzwischen ihre Mündliche Anfrage 43 zurückgenommen, sodass in der heutigen Fragestunde nur die Mündliche Anfrage 42 behandelt wird.

Deshalb rufe ich jetzt diese

Mündliche Anfrage 42

des Abgeordneten Sven Wolf von der Fraktion der SPD auf zu dem Thema: „#tweetsvonmir: Wurde der Landtag nicht wahrheitsgemäß vom Ministerpräsidenten Laschet informiert?“

Ich darf vorsorglich darauf hinweisen, dass die Landesregierung in eigener Zuständigkeit entscheidet, welches Mitglied der Landesregierung eine Mündliche Anfrage im Plenum beantwortet. In diesem Fall hat die Landesregierung mitgeteilt, dass Herr Minister Lienenkämper antworten wird.

(Zuruf von der SPD: Überraschung!)

Ich schalte jetzt für Herrn Minister Lienenkämper das Mikrofon frei. Gerne mache ich noch einmal darauf aufmerksam, dass ich das Mikrofon die ganze Zeit über freigeschaltet lasse. Das kennen alle, ich sage es vorsichtshalber aber noch einmal. Herr Minister Lienenkämper, bitte.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überraschung scheint nicht zu groß gewesen zu sein.

(Sven Wolf [SPD]: Ich habe eine Wette gewonnen, Herr Lienenkämper!)

– Herzlichen Glückwunsch! Um was ging es? Nein, das war nur ein Scherz.

Erste Frage: „Sind die aufgeführten Stellen zur Neustruktur der Medienauswertung der neuen Medienschau schon besetzt worden?“

Die Antwort der Landesregierung lautet, dass die erste der beiden genannten Stellen im Juli 2018 besetzt worden ist und die zweite zum 1. Mai 2019. Beide Stellen sind, wie in der Vorlage 17/1332 angegeben, zur Unterstützung der Neustrukturierung der Medienauswertung vorgesehen. Die hier angesprochene Medienschau, die unter anderem vormals als jeweils getrennte Presse- bzw. Funkschau firmierte, ist ein Bestandteil der Medienauswertung, die wiederum durch das Landespresse- und Informationsamt erfolgt.

Mit der Medienschau erfüllt die Landesregierung ihre Informationspflicht im Hinblick auf Themen von landespolitischer Relevanz durch die Auswertung von Zeitungen, Fernsehen, Hörfunk und Onlinemedien.